

CHINAS AUFBRUCH IN RICHTUNG ASEAN

Oskar Weggel

Vom 28. Mai bis 2. Juni stattete der malaysische Ministerpräsident Tun Abdul Razak der VR China einen offiziellen Besuch ab, der von erheblicher Signalwirkung auch für die anderen vier ASEAN-Länder, Philippinen, Thailand, Singapur und Indonesien sein dürfte. Sollte es zur Entwicklung offizieller Beziehungen zwischen Peking und den ASEAN-Ländern in den nächsten Monaten kommen, so wäre dies ein bedeutender Erfolg der chinesischen Diplomatie. Vor allem wäre dann ein geopolitisches Vacuum ausgefüllt, das - so ganz in der Nähe Chinas - im Grunde genommen unnatürlich ist. Bedeckte man nämlich auf einer Weltkarte alle Länder, die inzwischen zur VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, mit schwarzer Farbe, so ergäbe sich ausgerechnet im Südosten Chinas eine auffallende Kahlstelle.

I. Die Ergebnisse des Peking-Besuchs

Ministerpräsident Tun Abdul Razak erzielt bedeutsame Ergebnisse in Peking. Seine "Ausbeute" läßt sich einmal dem Kommuniqué vom 31. Mai (1) und zum anderen einem Artikel der JMJP vom 28.5.74 sowie Interviewausagen des Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr entnehmen.

a) Hier zunächst die wichtigsten Punkte des Kommuniqués:

- Punkt 1: Gegenseitige diplomatische Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen unmittelbar mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Kommuniqués.
- Punkt 2: Grundlage der gegenseitigen Beziehungen geben die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz ab (u.a. also die Nichteinmischung!). In diesem Zusammenhang tauchte auch eine antisowjetische Klausel auf: "Beide Parteien sprachen sich gegen jeden Versuch eines Landes oder einer Gruppe von Ländern aus, eine Vorherrschaft zu errichten oder Einflußsphären in irgendeinem Teil der Welt zu schaffen". Hierbei war wohl das Projekt Breschnews für die Gründung eines "Kollektiven Sicherheitssystems" in Asien angesprochen!
- Punkt 3: Die Regierung von Malaysia anerkennt die Regierung der VR China als die einzige legale Regierung Chinas und stellt sich auch auf den Standpunkt der chinesischen Regierung, daß Taiwan ein unveräußerlicher Bestandteil des Territoriums der VR China ist. Am 31. Mai gab die Regierung eine Erklärung über den Abbruch der konsularischen Beziehungen mit Taiwan heraus. Vorab war der Generalkonsul Taiwans bereits aufgefordert worden, das Generalkonsulat Taiwans sowie alle anderen zu Taipei gehörenden Büros in Kuala Lumpur zu schließen. Gleichmaßen wurde der malaysische Konsul in Taiwan angewiesen, das malaysische Konsulat in Taipei zu schließen. Malaysia werde keine offiziellen Beziehungen mehr zu Taiwan unterhalten (vor diesem Zeitpunkt bestanden allerdings auch schon bloß konsularische

nicht jedoch diplomatische Verbindungen). Alle Handelsbeziehungen, Investitionen und der Tourismus zwischen Malaysia und Taiwan würden nur noch auf privater Ebene fortgesetzt.

- Punkt 4: "Die Regierung der VR China anerkennt die Regierung Malaysias und respektiert die Unabhängigkeit und Souveränität Malaysias". Diese Formulierung ist wohl ein chinesisches Zugeständnis an die Integrität der Föderation "Malaysia". Was die Malayen den Chinesen ja vielleicht am meisten verübelt haben, war deren entschiedene Opposition gegen den Zusammenschluß des Malayischen Bundes mit Sarawak und Sabah zur "Föderation Malaysia" im September 1963, die von Peking als "Dolch des britischen und des US-Imperialismus im Herzen Südasiens" apostrophiert wurde. Ganz im Sinne dieser Gedankenführung verwandte China im öffentlichen Sprachgebrauch bis vor kurzem immer nur die Bezeichnung "Malaya".
- Nunmehr folgte in Punkt 5 die wohl wichtigste Vereinbarung, nämlich zur Frage, was mit den 220.000 staatenlosen Einwohnern Malaysias mit chinesischer Herkunft geschehen sollte. Peking selbst hatte zwar seit Jahren erklärt, daß es ~~solche~~ "Hua-chiao" nicht mehr als chinesische Staatsbürger betrachten wolle, die in ihren Gastländern naturalisiert worden seien. Niemals aber war die Frage eindeutig beantwortet worden, was mit staatenlosen Chinesen geschehen sollte. Eine Lösung dieses Problems war um so dringender, als zahlreiche staatenlose Chinesen in Malaysia geboren sind, nie chinesischen Boden betreten haben, aber auch keine Dokumente vorweisen können, die bezeugen, daß sie in Malaysia geboren sind. Personen dieser Kategorie mußten bisher, benausowas fremde Staatsangehörige, spezielle Arbeitsgenehmigungen erhalten. Peking machte nun auch hier das Zugeständnis, daß jedes Land seine eigenen Chinesen habe. In der Sprache des Kommuniqués klang dies folgendermaßen:
 "Die Regierung der VR China nimmt die Tatsache zur Kenntnis, daß Malaysia ein aus vielen Rassen bestehendes Land mit einer Bevölkerung von Malayen, Chinesen und anderen Gruppen völkischen Ursprungs ist. Beide Regierungen erklären, daß sie eine Doppelnationalität nicht anerkennen. Ausgehend von diesem Prinzip betrachtet die chinesische Regierung automatisch die chinesische Nationalität für jeden Chinesen als verfallen, der durch seinen eigenen Willen die malaysische Nationalität erworben hat. Im Hinblick auf jene Einwohner, die die chinesische Nationalität aufgrund ihres eigenen Willens beibehalten wollen, wird die chinesische Regierung, in Übereinstimmung mit ihrer konsequenten Politik, diese Personen anweisen, sich nach den Gesetzen der Regierung von Malaysia zu verhalten, die Sitten und Gewohnheiten der Völker dort zu respektieren und mit ihnen in Freundschaft zu leben. Ihre Rechte und Interessen werden von der Regierung Chinas geschützt und von der Regierung Malaysias respektiert".

Es wiederholt sich hier also ein Vorgang, der 1955 - "im Geiste von Bandung" - schon einmal zwischen Peking und Djakarta eingeleitet werden sollte, später allerdings ohne die vertraglich vereinbarten Folgen blieb. Nach dem damaligen Vertrag über die Lösung der Staatsangehörigkeitsfrage sollten "Hua-chiao" in Indonesien das Recht haben, entweder für die indonesische oder aber für die chinesische Staatsangehörigkeit zu optieren. Diese Vereinbarung erwies sich freilich bald als "Papiertiger", da die indonesische Bevölkerung - und in gewissem Sinne sogar die indonesische Regierung - auch solche Chinesen weiterhin als Ausländer betrachtete, die zwischenzeitlich für Indonesien optiert hatten. Darüber hinaus fanden immer wieder größere Pogrome gegen Hua-chiao-Kolonien statt, deren Ausmaß so besorgniserregend war, daß die Beziehungen zwischen Djakarta und Peking einige Male zu zerreißen drohten (Näheres dazu C.a. 73/8, S. 441 ff).

Ob die Abmachung zwischen China und Malaysia, wie sie in dem Kommuniqué vom 31. Mai 1974 fixiert wurde, ein "indonesisches Schicksal" erleiden wird oder nicht, hängt weitgehend vom Verhalten des malaysischen Bevölkerungsteils in der Föderation und von der Einstellung der malaysischen Regierung ab. Eine erste Nagelprobe steht schon unmittelbar bevor: In Hong Kong nämlich leben z.Zt. etwa 20.000 staatenlose Chinesen malaysischer Herkunft, die in den vergangenen Jahren nach China ausgewandert waren, dort aber die Verhältnisse so unerträglich fanden, daß sie wieder in ihre südostasiatische Heimat zurückkehren wollten. Da die malaysische Regierung sich jedoch weigerte, ihnen die benötigten Visa zu erteilen, blieben sie in Hong Kong hängen. Die 20.000 haben "mit den Füßen" für die malaysische Staatsangehörigkeit gestimmt. Wird Kuala Lumpur nun auch ihnen gegenüber sein im Kommuniqué gegebenes Versprechen einhalten?

Auch sonst leben in Malaysia heute noch die bereits erwähnten 220.000 staatenlosen Hua-chiao, die höchstwahrscheinlich alle die malaysische Staatsangehörigkeit wünschen.

b) Erstaunlicherweise steht im Kommuniqué kein Wort über den malaysischen Plan, Südostasien zu einer neutralisierten Zone des Friedens umzugestalten (Näheres dazu C.a. 1973/10, S. 610 f.) Zu diesem Punkt nimmt jedoch ein Artikel der JMJP vom 28.5.1974 indirekt Stellung. Es heißt dort: "Malaysias Vorschlag, Südostasien zu einer Zone des Friedens und der Neutralität zu erklären, hat dem Staat die Sympathie und Unterstützung vieler Länder der Dritten Welt eingebracht ...". Hier ist also zwischen den Zeilen eine positive Stellungnahme Chinas herauszulesen. Noch deutlicher wurde dies im Zusammenhang mit einer Pressekonferenz des malaysischen Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr in Kuala Lumpur. Wie Tun Abdul Razak versicherte, hat China eine Unterstützung der Konzeption der Neutralität Südostasiens zugesagt. Es habe auch die malaysische und indonesische Politik einer 12-sm-Zone im Bereich der Malakka-Straße anerkannt; China will, mit anderen Worten, daß dieses internationale Nadelöhr in Zukunft nicht mehr internationales Gewässer, sondern Territorialgewässer sei (2).

c) Durchaus verständlich schließlich muß es erscheinen, daß in dem Kommuniqué keine Ausführungen über das Auf-

ständischenproblem zu finden ist. Tun Abdul Razak freilich versäumte bei der bereits erwähnten Pressekonferenz nicht, darauf hinzuweisen, daß das "Terroristenproblem" auch nach Auffassung Chou En-lais und Mao Tse-tungs "eine innere Angelegenheit Malaysias" sei und daß Malaysia das Recht habe, diese Frage zu lösen, wie es wolle. "Peking wird den Terroristen keine Hilfe gewähren. Deshalb muß es einleuchten, daß diese heute keine klaren Ziele mehr besitzen und allein dem Terrorismus anhängen". Sie wirkten einzig und allein gegen Volk und Nation. Die Regierung sei bereit, den Terroristen Grundrechte einzuräumen, wenn sie sich entschließen sollten, in die Gesellschaft zurückzukehren und ein neues Leben zu beginnen. Falls sie jedoch auf dieses Angebot nicht eingingen, werde Malaysia fortfahren, auf jede mögliche Weise ihre Vernichtung herbeizuführen. (3)

Die Prawda (4) bemerkt zu diesen Ausführungen denn auch, daß Malaysia von Peking "freie Hand" erhalten habe, mit der KP seines Landes zu verfahren, wie es wolle. Unmittelbar nach der Rückkehr des malaysischen Ministerpräsidenten aus Peking sei bezeichnenderweise die Meldung verbreitet worden, daß Militärvertreter Indonesiens und Malaysias Beschlüsse über die Koordinierung ihrer Antiguerilla-Aktionen in Nordkalimantan getroffen hätten. Die indonesische Regierung habe bereits neue militärische Einheiten, darunter auch Spezialtruppen, in das westliche Kalimantan zur Verstärkung der Operationen gegen die dortigen kommunistischen Gruppen entsandt. Die chinesische Führung habe diese Handlungsweise moralisch unterstützt. Dabei wissen die Sowjets sehr wohl, daß China, das sich ja nach den Prinzipien des "Proletarischen Internationalismus" zur Hilfe für Aufständische verpflichtet fühlt, die malaysischen Guerillas nicht von heute auf morgen wie eine heiße Kartoffel fallen lassen kann - und will. Gewechselt werden nur einige Aushängeschilder. Ein Partisanensender, wie die "Stimme der Malayischen Revolution" gilt ohnehin seit Jahren als ausschließliche Angelegenheit der lokalen Befreiungsbewegungen. Auch weist die Geschichte der Beziehungen zu diesen Bewegungen allzu lange Tradition auf, als daß sie sich nun plötzlich ungeschehen machen ließe.

China stand den malaysischen Kommunisten schon während der zwölf Jahre der "Emergency" von 1948 bis 1960 mit Sympathie gegenüber. (Während der Besetzung des früheren britischen Malaya durch die Japaner während des II. Weltkrieges war es zum Aufbau einer "Antijapanischen Armee des Malayischen Volkes gekommen, die nach der Niederlage Japans gegen die inzwischen zurückgekehrten Briten und die mit ihnen kollaborierenden malaysischen Sultane antrat. Der große Aufstand begann im April 1948 mit umfangreichen Streiks in Singapur und griff dann auf die malaysische Halbinsel über. Zwölf Jahre lang versuchten nun die Aufständischen nach chinesischem Modell, also mit den Mitteln des bewaffneten Kampfes, die Städte vom Lande her einzukreisen und zu erobern. Es sollten Jahre vergehen, ehe dieser Angriff in sich zusammenbrach). Diese Jahre des Aufruhrs haben bei der malaysischen Führung ein tiefes antikommunistisches Trauma hinterlassen, das erst in den letzten Jahren langsam zu verschwinden begann. Bezeichnenderweise bildet Peking im Prozeß dieser "Normalisierung" das Schlußlicht.

Die Distanz zu China war aber nicht zuletzt auch dadurch bedingt, daß Peking bis in die jüngste Zeit hinein hinter den Befreiungsbewegungen Malaysias stand. Die Niederlage der malayischen Linken im Jahre 1960 war ja keineswegs identisch mit der Ausschaltung des kommunistischen Einflusses überhaupt. Spätestens 1971 kam es erneut zu politischen Erdbebenerscheinungen in den besonders empfindlichen Regionen von Nordmalaya und Sarawak. An dieser Stelle ist zu erwähnen, daß der malayische Kommunismus keine einheitliche Kraft ist, sondern in drei separaten Organisationen arbeitet, deren Existenz sich nur historisch erklären läßt: Als 1963 die Föderation von Malaysia gegründet wurde, kamen zum bisherigen Malayischen Bund zwei neue Staaten mit kommunistischen Organisationen hinzu, nämlich der Stadtstaat Singapur und Sarawak und Sabah auf Nordborneo. Zumindest die KP Malaya, die auf der malayischen Halbinsel, und die KP Nordkalimantan, die in Sarawak und Sabah tätig ist, wurden von Peking unterstützt. (5) Beide Bewegungen werden von Kuala Lumpur auch jetzt noch sehr ernstgenommen. Was zunächst die Guerilla-Truppen der KPM anbelangt, so verlegten sie während der Emergency-Periode ihr Operationsgebiet in den Norden der Malayischen Halbinsel und verschanzten sich schließlich im Gebirgdschungel an der thailändisch-malayischen Grenze. Unter der Leitung des ZK-Vorsitzenden der KPM, Chin Peng, versuchten sie dort ein "befreites Stützpunktgebiet" nach chinesischem Muster zu gewinnen. In dem unwirtlichen Gebiet konnte man sich zwar vor weiteren Verfolgungen einigermaßen sicher fühlen, mußte aber andererseits einen verheerenden Kontaktverlust zu den Zellen im Zentralland und im Süden, vor allem zu den Satellitenorganisationen, in Kauf nehmen. Möglicherweise hängt heutzutage die Führung der kommunistischen Bewegung auf der malayischen Halbinsel mehr von der KPM-Gruppe in Peking als von der im Norden verschanzten Parteiorganisation ab.

Zur Festigung der revolutionären Infrastruktur dieser über Gebühr zergliederten Organisationen wurde 1969 der Partisanensender "Stimme der Malayischen Revolution" in Betrieb genommen, der sich nicht zufällig auf südchinesischem Gebiet befindet.

Vor allem seit 1971 sickerten etwa 1200 kommunistische Guerilleros, von Thailand kommend, über den sogenannten "Chin-Peng-Pfad" in den Süden der malayischen Halbinsel ein. Diese Infiltrationsroute besteht - ähnlich wie der Ho-Chi-Minh-Pfad in Laos - keineswegs nur aus einer einzigen Straße, sondern aus einem Gewirr von Fußwegen und natürlichen Verstecken, das sich über den südthailändischen Dschungel hinzieht. Vorerst allerdings vermeiden die Partisanen noch den offenen Kampf mit den Regierungstreitkräften und verlegen sich dafür auf eine Politik der Nadelstiche, wie Verminderung von Straßen, Sprengung von Eisenbahnbrücken, Überfälle auf Polizeistationen und Verteilung von Propagandamaterial.

Wie nicht anders zu erwarten, macht sich die KPM die Rassenspannungen in Malaya zunutze, wobei sie sich hauptsächlich auf das chinesische Element stützt.

Auch auf Nordborneo ist die von Peking unterstützte KP Nordkalimantan nach wie vor tätig, hat allerdings in den

letzten Monaten einen größeren Aderlaß hinnehmen müssen, da zahlreiche Aufständische einem Amnestieangebot der Regierung in Kuala Lumpur nachgekommen sind und sich freiwillig gestellt haben.

Für beide malayischen KP's ist Peking nach wie vor das Mekka der Revolution. In der chinesischen Hauptstadt befindet sich deshalb eine Vertretergruppe der KPM und eine "malayische Gruppe in China", der sich seit 1962 auch Sarawak-Chinesen anschließen.

II. Wie war es überhaupt zu dem Besuch in Peking gekommen?

Erst nach Jahren des Mißtrauens kam im Jahre 1971 die große Wende, bei der die eigenartige chinesische Politik der "Volksdiplomatie" eine entscheidende Rolle spielte: Erste Anzeichen eines kommenden Tauwetters hatten sich bereits gezeigt, als Radio Peking Ende 1970 nicht mehr von "Malaya", sondern von "Malaysia" sprach. Im Februar stiftete das chinesische Rote Kreuz sodann 200.000 US\$ für Opfer der FJutkatastrophe in Malaysia. Einen Monat später bereits besuchte die kommunistische "Silberstern"-Tanzgruppe das Land und feierte dort wahre Triumphe. Tun Abdul Razak ließ sich diese günstige Gelegenheit nicht entgehen und führte mehrere Gespräche mit den Führern der Tanzgruppe. Schon Monate also vor der dann so berühmt gewordenen "Ping-Pong-Diplomatie" gegenüber amerikanischen Tischtennispielern hatte Peking gegenüber Malaysia die "Tanzdiplomatie" angewandt.

Im Mai desselben Jahres bereits reiste eine halboffizielle malaysische Handelsdelegation in die VR China - ein Besuch, der bereits vier Monate später von einer dreizehnköpfigen chinesischen Delegation erwidert wurde. Dabei kam es zum Abschluß größerer Rohgummi-, Palmöl- und Holzgeschäfte. Sportdelegationen, vor allem aus den Sparten Badminton und Tischtennis, hielten von da an weitere Tuchföhlung zwischen beiden Ländern. Bei der UNO in New York schließlich konnten sich die Vertreter Chinas und Malaysias über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einigen, die beim Besuch Tun Abdul Razaks in Peking feierlich bestätigt wurde.

Was waren die Motive für diese Annäherung?

Aus der Sicht Kuala Lumpurs ergibt sich eine Reihe positiver Perspektiven:

1. In erster Linie bestand infolge der umfangreichen Rohgummikäufe Chinas die Aussicht, daß der Gummipreis, der in den letzten 22 Jahren infolge der steigenden Produktion von synthetischem Kautschuk auf dem Weltmarkt immer mehr gefallen ist, sich wieder erholen würde. Zweitens war es der malaysischen Regierung klar, daß die chinesische Inlandbevölkerung, die ja mit den Malayen seit Jahren in starker Spannung lebt, eine Annäherung an Peking begrüßen und deshalb manche Einbußen vergessen würde, die sie in den letzten Jahren hatte hinnehmen müssen.

2. Die wohl schwerste soziale Bürde des Landes ist ja nach wie vor das Rassenproblem; besteht doch das Staatsvolk Malaysias zu 44% aus Malayen, zu 36% aus Chinesen und zu 9% aus Indern. Diese polyethnische Zusammensetzung erzeugt hohe Spannungszustände, die zuletzt im Mai 1969 zu einem systemgefährdenden Zusammenstoß zwischen

zwischen der malayischen und der chinesischen "Community" geführt haben. Während die meisten Chinesen in der Stadt leben, in Handel und Gewerbe tätig sind, die chinesische Sprache bevorzugen, religiös am Buddhismus oder am Konfuzianismus orientiert sind und - ein wichtiger Gesichtspunkt! - in ihre tägliche Lebensweise auch Alkohol und Schweinefleisch miteinbeziehen, lebt der Durchschnittsmalaye auf dem Dorf, ist agrarisch orientiert, spricht ausschließlich Malayisch, ist gläubiger Mohammedaner und beobachtet zahlreiche Fastengebote. Was ferner die Berufsverteilung anbelangt, so überwiegen die Nichtmalayen, also meist die Chinesen, in den modernen städtischen Berufen mit 5 : 1, während die Malayen im öffentlichen Dienst mit 5 : 3 an der Spitze stehen. In der Landwirtschaft schließlich arbeiten dreimal mehr Malayen als Nichtmalayen. Allgemeiner ausgedrückt: Die Chinesen beherrschen Handel, Industrie und technische Berufe, während die Malayen in den Staatsämtern und in der Armee dominieren, freilich auch den Löwenanteil der eher "kontemplativ" ausgerichteten Bauern stellen. Der Haß und die Mißgunst beider Communities gegeneinander erhielten nicht zuletzt auch dadurch Auftrieb, daß die malayischen Chinesen lange Zeit als eine Art 5. Kolonne des kommunistischen China galten.

Seit dem Ende des zweijährigen Notstands, der auf die Rassenunruhen von 1969 folgte, hat die Regierung in Kuala Lumpur vier Verfassungsgrundsätze eingeführt, die indiskutabel sind, nämlich erstens die Sonderstellung der Malayen auf bestimmten Gebieten, u.a. im Bereich des Grundstückseigentums, das Malayische als offizielle Sprache, die Souveränität der malayischen Sultane und des Königs und schließlich die Garantie der staatsbürgerlichen Rechte aller "Einwanderer"-Communities, zu denen auch die Chinesen gezählt werden. Ein Ausgleich mit Peking könnte dem nun eingeleiteten Prozeß förderlich sein.

3. Drittens war zu erwarten, daß eine Verbesserung der malaysisch-chinesischen Beziehungen auf Seiten Pekings zu einer Reduzierung der bisherigen Unterstützungsaktionen zugunsten malaysischer Aufständischer führen würde. Nicht zuletzt aber durfte man darauf hoffen, daß nun auch der Plan einer Neutralisierung Südostasiens in China auf mehr Interesse und Sympathie stoßen würde.

Womit ist andererseits die neuerdings so positive Haltung Pekings gegenüber Kuala Lumpur zu erklären?

Eine erste Antwort lautet, daß Malaysia eine der wenigen Mächte ist, die die überragende Rolle Pekings im südostasiatischen Raum schon seit Jahren auch nach außen hin voll in ihre Überlegungen einbezogen, und insofern China "Tribut" gezollt haben.

Der Hauptgrund aber dürfte wohl darin bestehen, daß China dem in den letzten Jahren immer stärker werdenden Einfluß der Sowjetunion in Südostasien entgegentreten möchte. Geschickt hat Moskau eine Politik der kleinen Schritte betrieben und schon 1967 - trotz der damals noch bestehenden antikommunistischen Vorbehalte Malaysias - diplomatische Beziehungen mit Kuala Lumpur aufgenommen, ja im Mai 1968 sogar den malaysischen Ministerpräsidenten in Moskau empfangen. Auch auf dem Gebiet des Handels und der Kultur wurde Moskau immer aktiver. Für Peking

war es höchste Zeit, hier Boden wettzumachen.

III. Einige Dimensionen des brisanten Hua-chiao-Problems

Die Regelung der Nationalitätenfrage zwischen Peking und Kuala Lumpur (Näheres dazu oben Ia) könnte eine Art Modell für die Lösung gleichgelagerter Fragen in anderen Ländern Südostasiens werden. Damit würde ein wahrhaft explosives Problem bewältigt. Anders als in Europa, Amerika, auf den Pazifischen Inseln oder in Afrika, wo nur 150 T bzw. 850 T, bzw. 10, bzw. 100 T Auslandschinesen leben, also nur einen verschwindenden Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, stellen die Hua-chiao in den meisten Ländern Südostasiens einen überragend hohen Anteil der Bevölkerung:

- Malaysia: 4 Mio. Chinesen bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Mio. Einwohnern, wobei das Verhältnis in einigen Landesteilen, z.B. in Sarawak, noch günstiger für die Chinesen ist als dieser Durchschnitt! Obwohl die Chinesen "nur" 40% der Bevölkerung ausmachen, kontrollieren sie doch 85% des Einzelhandels. Wer in eine Stadt wie Kuching kommt, erhält den Eindruck, irgendwo in Taiwan zu sein.

- Indonesien: Rd. 4 Mio. Chinesen bei einer Gesamtbevölkerung von 120 Mio. Menschen. Ihre wirtschaftliche Macht, vor allem in ländlichen Gebieten, wurde durch indonesische Kampagnen weitgehend gebrochen, besteht in einigen Sektoren aber immer noch fort (Näheres dazu C.a. 1973/8 S.441 ff.).

- Philippinen: Bei einer Bevölkerung von 40 Mio. Menschen stellen die Chinesen mit etwa 500.000 Einwohnern nur etwa 2% der Bevölkerung. Doch ist ihre wirtschaftliche Macht für jeden Filipino spürbar. Es heißt, die Chinesen seien beinahe an jedem Geschäft beteiligt.

- Weitere Zahlen: Laos: ungefähr 50.000 Hua-chiao, Kambodscha: rd. 250.000, Birma: etwa 450.000; Nordvietnam: rd. 200.000; Südvietnam: rd. 1,8 Mio.

Alles in allem leben in Südostasien also rd. 16 Mio. Auslandschinesen, die zum Teil die Staatsangehörigkeit ihrer Gastländer angenommen haben, zum Teil Peking- oder Taiwan-Paß tragen oder aber staatenlos sind.

Die meisten Hua-chiao sind erst im Verlauf der europäischen Kolonisierung Südostasiens als Arbeitskräfte in dieses Gebiet gekommen. Als "Gastarbeiter" verdingten sie sich nur auf eine gewisse Zeit und kehrten dann zumeist wieder in ihr Stammland zurück. Nur ein Teil von ihnen blieb in den Gastländern und eröffnete dort im allgemeinen Geschäfte. Vor allem in den malayischen Gebieten, in denen die Bevölkerung ganz landwirtschaftlich orientiert war und keine Erfahrung im Umgang mit Geld und Handelsfragen hatte, fand sich ein weites Betätigungsfeld.

Schon bald betätigten sich chinesische Firmen als Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte und etablierten sich so als Relais-Stationen zwischen den ausländischen Handelsfirmen in den Häfen und der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung. Die chinesischen Händler pflegten die landwirtschaftlichen Produkte meist dann aufzukaufen, wenn

sie am billigsten waren, und erst dann weiterzuverkaufen, wenn sie den besten Preis erzielen konnten. Diese Praktiken waren um so eher möglich, als häufig nur sie in der Lage waren, die Verbindung zu den Bauern in den infrastrukturell ganz unerschlossenen Gebieten herzustellen. Oft konnten die Lieferanten landwirtschaftlicher Güter nur auf abenteuerlichem Wege, z.B. durch Kanäle und über Bergpfade erreicht werden. Da die chinesischen Händler aber schon einmal auf die Dörfer gingen, brachten sie auch gleich Konsumgüter mit, die sie an die Bauern verkauften. Da die bäuerlichen Kunden solche Waren nicht immer sofort bezahlen konnten, boten die Händler häufig auch Geldverleiherdienste an. Banken im westlichen Sina gab es in den agrarisch orientierten Regionen Südostasiens kaum. Darlehen mußten so über persönliche Kanäle aufgenommen und häufig über viele Stufen verliehen werden. Auf diese Weise kam es zu teilweise horrenden Zinssätzen.

In zahlreichen ländlichen Regionen Südostasiens nahmen die chinesischen Händler im Laufe der Zeit m.a.W. nach und nach eine dreifache Funktion wahr: Sie kauften die Landwirtschaftsprodukte auf, verkauften Konsumwaren an die Bauern und verliehen Gelder.

An manchen Orten gerieten auf diese Weise ganze Dörfer in Schuldhängigkeit gegenüber dem Händler. Kein Wunder, daß gerade nach dem Ende der Kolonialzeit der Unwille vieler Einheimischer immer wieder in Haßausbrüche gegen die Hua-chiao umschlug, die nun als Gesamtheit für das Ausbeutungsübel verantwortlich gemacht wurden.

Man möchte nun meinen, daß Auslandschinesen, die den einheimischen Volkswirtschaften soviel Schaden zufügten, zum Ausgleich wenigstens starke developmentpolitische Impulse ausgelöst hätten. Nun läßt es sich kaum leugnen, daß sie mit ihrer Arbeitsmoral und ihrem hoch entwickelten Sinn für Handel und Geldfragen Signale setzten, die sich auch der einheimischen Bevölkerung mitgeteilt haben und ganz gewiß als Anregung dienen. Andererseits sollte man jedoch nicht vergessen, daß jene kapitalintensive Basis, wie sie von modernen Industrieunternehmungen verlangt wird, durch die Hua-chiao höchstens in Ansätzen geschaffen worden ist. Da die meisten Auslandschinesen zumindest bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs sich in der Regel mit dem Gedanken trugen, eines Tages doch in ihre chinesische Heimat zurückzukehren, versuchten sie in ihren Gastländern erst gar keine langfristig angelegten "seriösen" Geschäfte aufzubauen, sondern hielten in der Regel nach solchen Gelegenheiten Ausschau, bei denen sich in möglichst kurzer Zeit ein Maximum an Geld verdienen ließ. Selbst solche Familienunternehmungen, die Hunderte von Arbeitskräften beschäftigten, waren häufig nichts anderes als ein Flickwerk, zusammengesetzt aus zahlreichen ineinander verschachtelten Kleinunternehmungen, die dem Grundstock im Laufe der Zeit hinzugefügt wurden. Auf diese Weise wurden also kaum durchschlagkräftige und zukunftssträchtige Basis-Unternehmen gegründet, sondern Geschäftstrauben, die nur durch das personelle Band der Familie zusammengehalten waren. Familiäre Gesichtspunkte spielten sogar bei der Einstellung des Personals die entscheidende Rolle: Bei der Auswahl der Angestellten wurden nämlich zunächst die Familienangehörigen, sodann die Angehörigen der gleichen Lands-

mannschaft und schließlich Chinesen überhaupt bevorzugt. Erst ganz am Schluß dachte man an die Einheimischen.

Noch ein weiteres Moment kam hinzu, das die Beziehungen zwischen Hua-chiao und Einheimischen nicht gerade verbessern konnte: Die meisten Auslandschinesen lebten nämlich in einer der zahlreichen "China-Towns", hielten dort an chinesischem Brauchtum und chinesischer Lebensweise fest, gründeten ihre eigenen Schulen und Interessenorganisationen. Ein Teil der chinesischen Oberschicht begann darüber hinaus, sich mit der jeweils herrschenden politischen Macht zu identifizieren: In französischen Kolonien orientierte man sich an den Franzosen, in englischen Kolonien an britischen Modellen. Nur in Thailand, das nicht von einer Kolonialmacht beherrscht war, gelang die Anpassung an thailändische Lebensverhältnisse. Kein Wunder, daß die Hua-chiao dort auch heute noch am besten assimiliert sind, während in Ländern, die ehemals unter englischer, französischer oder holländischer Kolonialherrschaft standen, die Hua-chiao-Probleme nach wie vor auf den Nägeln brennen und von Zeit zu Zeit Pogrome auslösen: Bei den Massakern 1965 in Indonesien wurden beispielsweise Tausende von Chinesen, die als Angehörige der Kommunistischen Partei verdächtigt wurden, umgebracht. 3000 Chinesen sind heute noch in den Lagern bei Medan (Nordsumatra) eingesperrt. In Kuala Lumpur kam es im Mai 1969 ebenfalls zu großen Massenkrawallen (Näheres dazu C.a. 1973/6, S.282 ff.).

Als 1968 die Tet-Offensive bis an die Stadtränder von Saigon durchschlug, hatten besonders die Chinesen in der Vorstadt Cholon zu leiden. In Kalimantan (Nordsumatra) wurden 1971 25.000 Chinesen umgesiedelt, da sie der "Subversion" beschuldigt wurden. In Kuching (Sarawak) werden in einem Lager etwa 20 km von der Stadt entfernt rd. 1000 Chinesen seit 6 Jahren ohne Gerichtsverfahren festgehalten, da sie im Verdacht stehen, der KP Nordkalimantan anzugehören.

Die Gründe für diese von Haß getragenen Aktionen reichen von primitiven Neidgefühlen bis hin zu der Beschuldigung, daß die Hua-chiao in Südostasien als "Fünfte Kolonne Pekings" auftreten - eine Behauptung, die vor allem in Indonesien durch die Fakten Lügen gestraft worden ist (Näheres dazu vgl. C.a. 1973/8, S.446).

Eine andere Befürchtung ist mehr "moderner" Art. Obwohl etwa 85% aller Hua-chiao in Südostasien geboren sind, verfügen sie doch über keinen eigenen Staat - wenn man vielleicht vom Sonderfall Singapur absieht, das sich freilich ebenfalls nicht als Chinesenstaat, sondern als polyethnische Gemeinschaft verstanden sehen will. Ihr Lebensbereich ist vielmehr Nanyang (南洋), das "Südozean"-Gebiet. Sie gelten als heimatlos - insoweit den vorzionistischen Juden ähnlich, und es ist gewiß kein Zufall, daß sie auch die "Juden Asiens" genannt werden. Der unter solchen Umständen - und angesichts der wirtschaftlichen Macht der Hua-chiao - genährte Verdacht (6) geht dann etwa dahin, daß die Auslandschinesengemeinschaft sich wie eine multinationale Gesellschaft benehme.

In der Tat scheinen sich gerade in Zusammenhang mit den Hua-chiao gewisse Kriterien zu verifizieren, die etwa Charles Levinson als charakteristisch für die "Multis" aufgestellt hat:

Staatenlosigkeit, keinerlei Bindung an Ideologien und ausschließliche Orientierung allen Verhaltens am Profitkriterium.

- Was die Staatenlosigkeit anbelangt, so trifft sie zwar für viele Auslandschinesen, nicht jedoch für alle zu. Die meisten Hua-chiao (z.B. in Thailand) haben längst die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes angenommen und dürfen insofern nicht mehr als staatenlose Personen gelten. Besonders deutlich wird dies am Beispiel vor allem der jüngeren Hua-chiao-Generation, die aus dem Ghetto der China-Towns ausbricht und die Assimilierung mit dem Gastvolk sucht (Sprachen, autochthone Schulen, Lebensweise etc.). Gerade in Malaysia, das ja eine nachdrückliche "Malaysierungs-politik" betreibt (Näheres dazu C.a. 1973/5, S.273 f.), dürfte dieser Prozeß besonders beschleunigt werden.

- Was die Ideologiefreiheit anbelangt, der ja "multinationale Konzerne" ihre hohe Flexibilität verdanken (auf diese Weise können sie in einem sozialistischen Staat ebenso tätig sein wie in einem feudalen!), so ist bei den Hua-chiao sorgfältig zu differenzieren: Unter ihnen gibt es zwar Tai-wan-Anhänger und zweifellos auch zahlreiche Parteigänger Pekings; die KP Malayas beispielsweise ist fast ausschließlich eine von Chinesen getragene Bewegung. Auch an ihrer Spitze steht mit Chin P'eng bezeichnenderweise ein Hua-chiao!

Doch trifft diese ideologische Orientierung nur für einen Teil der Auslandschinesen zu. Andere ihrer Mitglieder sind entschiedene Verfechter einheimischer Bewegungen: In Indonesien beispielsweise sind die beiden bekannten Brüder Lim Protagonisten "der Golkar", also der Ständepartei des indonesischen Präsidenten Suharto. Und schließlich gibt es die politisch ganz uninteressierte Mehrheit, die nur ihrem eigenen Geschäft nachhängt.

Eine der wichtigsten Negativ-Figuren dieses Typs ist beispielsweise Lo Hsing-han, der "Opiumkönig" des "Goldenen Dreiecks" zwischen Birma, Thailand und Laos, der ganze Privatarmeen - ohne Rücksicht auf irgendwelche ideologischen Bedenken - für seine Drogengeschäfte in Dienst gehalten hatte, ehe er 1973 verhaftet werden konnte.

Es wurden hier nur einzelne Steine aus dem so vielfältigen Mosaik der in Nanyang (Südmeer) lebenden Hua-chiao gegeben. Bereits dieses Spektrum sollte aber deutlich gemacht haben, wie wenig die Auslandschinesen als einheitliche Kraft, geschweige denn als Verschwörergemeinschaft gegen ihre Gastvölker betrachtet werden können. Der Vergleich mit einem "multinationalen Konzern" ist also ebenso schief wie die Diagnose einer "Fünften Kolonne Pekings"...

Da die 16 Mio. Auslandschinesen nicht als Quantité négligeable betrachtet werden können (man denke nicht nur an die bloße Zahl, sondern vor allem an den wirtschaftlichen Einfluß!), und da wohl auch kein einziger Staat Südasiens ernsthaft einen "Hinauswurf" ins Auge fassen kann, gibt es eigentlich für die Zukunft nur eine einzige Lösung des Auslandschinesenproblems, nämlich die Assimilation.

Peking hat dies nicht erst heute erkannt. Die Beseitigung des Problems der Staatenlosigkeit, wie sie nun auch formell zwischen Peking und Kuala Lumpur vereinbart worden ist,

hat den prinzipiell richtigen Weg aufgezeigt. Von diesem Modell wird in Zukunft wohl einige Signalwirkung auf die anderen Länder Südasiens, vor allem der ASEAN, ausgehen, in deren Interesse es ja liegen muß, "ihre" Hua-chiao als loyale Bürger zu gewinnen.

Lange Zeit konnte es - neben vielen anderen Erwägungen - u.a. deshalb zu keiner Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking kommen, weil die einzelnen Regierung Südasiens mehr oder weniger stark befürchteten, daß von einer diplomatischen Vertretung Pekings in ihrem Land subversive Einflüsse auf die Auslandschinesen ausgehen könnten. Immerhin hatte man ja das warnende Beispiel Rangoons vor Augen, wo es 1967 zu schweren Zusammenstößen zwischen Birmanen einerseits und solchen Hua-chiao-Rotgardisten gekommen war, die vorher von der chinesischen Botschaft mit Propagandamaterial versorgt worden waren.

Tempora mutantur: Seit die chinesische Außenpolitik vornehmlich durch antisowjetische Kriterien bestimmt ist, geht es Peking hauptsächlich darum, die Regierungen Südasiens von einer Zusammenarbeit mit Moskau abzuhalten; konkreter ausgedrückt, sie vor einer Beteiligung an dem durch Moskau vorgeschlagenen kollektiven Sicherheitssystem in Asien zu warnen. "Revolutionäre Gesten" im Stil von Rangoon würden dieser Absicht entgegenwirken. Außerdem glauben sich die meisten Regierungen in Südasiens heute ihrer Sache sicher: Malaysia beziffert seine "Terroristen" auf etwa 200 Rebellen und ist fest davon überzeugt, daß es mit ihnen so oder so fertig wird, gleichgültig, ob Peking sie unterstützt. Die große Hua-chiao-Gemeinde als solche gilt nicht mehr unbedingt als ein Pulverfaß, an das Peking mit Erfolg die Lunte legen könnte.

IV. Auswirkungen auf die anderen ASEAN-Länder?

Peking hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß auch die anderen vier ASEAN-Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Malaysia zum Teil mit Sympathie begrüßt haben.

An folgenden Symptomen sah Hsinhua (7) seinen Optimismus bestätigt:

- Philippinen: "Der Leiter der Abteilung für Informationswesen der Philippinen, Francisco Tatad, erklärte in einem Interview am 21. Mai, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Malaysia und China sei eine inspirierende Entwicklung für die Region Südasiens. Die Philippinen machten ebenfalls Anstrengungen in dieser Richtung."

- Thailand: Außenminister Charunphan begrüßte am 20. Mai die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Malaysia und China. Thailand, so erklärte er, bemühe sich ebenfalls darum, freundschaftliche Beziehungen mit China zu unterhalten. Am gleichen Tag sagte der Sprecher des thailändischen Außenministeriums, er hoffe, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen China und Malaysia eine Hilfe dafür sei, das Verständnis zwischen Thailand und China zu verbessern und die Entwicklung von Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern zu beschleunigen." (Allerdings hat Peking in Thailand vor kurzem einen Rückschlag erlitten: Das Parlament in Bangkok weigerte sich

nämlich im April 1974, jenes Anti-China-Dekret Nr.53 aufzuheben, das praktisch auch heute noch alle substantiellen Kontakte mit China verbietet. Zur Begründung wiesen einige Abgeordnete auf die aus ihrer Sicht bestehende Gefahr verstärkter chinesischer Subversion, vor allem aber der Überschwemmung des thailändischen Marktes mit billigen chinesischen Waren, hin. Trotz dieses Mißerfolgs hoffen die Chinesen jedoch weiterhin auf das neue Regime in Bangkok, das ja seit seinem Amtsantritt auf eine Lösung der einseitigen Bindung an Washington und auf eine stärkere asiatische Verflechtung hinstrebt).

- Singapore: "In einer Erklärung vom 21. Mai bemerkte das Außenministerium der Regierung von Singapore, daß die Einrichtung diplomatischer Beziehungen zwischen Malaysia und der VR China einen bedeutenden Schritt darstelle und daß diese gute Entwicklung nicht nur für Südostasien nützlich sein werde, sondern auch ein Beitrag zur Öffnung des Weges für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Singapore und der VR China."

- Indonesien: "Das indonesische Außenministerium erklärte am 20. Mai, Indonesien sei über Malaysias Entscheidung, diplomatische Beziehungen mit China aufzunehmen, nicht überrascht, weil die Außenminister verschiedener südostasiatischer Staaten im Prinzip alle darin übereinstimmen, die Beziehungen zu China zu normalisieren. Was den Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angehe, sei eine solche Entscheidung jeder einzelnen Regierung vorbehalten."

Alles in allem hat sich damit die Südostasienpolitik Peking in den letzten Monaten gut angelassen:

a) Besonders wohltuend entwickelte sich die Szenerie in Laos, nachdem es dort am 7. April 1974 endlich zu der von China seit Jahr und Tag befürworteten Koalitionsre-

gierung zwischen den sogenannten "Vertretern von Vientiane" und dem Pathet Lao gekommen ist (Näheres dazu in C.a. 1974/5 S.249 ff.)

b) Neben dem "stillen Wunder von Laos" beginnen sich auch die Entwicklungen in Kambodscha aus chinesischer Sicht erfreulich zu entwickeln. Den Führern in Peking ist es gelungen, nun auch mit dem starken Mann Kambodschas, dem jungen Khmer-Rouge-Führer Khieu Samphan, enge Beziehungen aufzunehmen (Näheres dazu C.a. 1974/6, S.332 ff.)

c) Auch mit Birma, dessen Außenpolitik ja weitgehend im Schatten der chinesischen Großmacht steht, haben sich seit 1971 die Beziehungen merklich verbessert, obwohl immer wieder Gerüchte auftauchen, daß im Norden des Landes chinesische Verände auf birmanisches Gebiet übergriffen hätten.

d) Vor allem aber bemüht sich China gegenwärtig um die anderen vier ASEAN-Staaten. Dies geht so weit, daß Premierminister Chou En-lai am 23. März 1974 beispielsweise höchst persönlich eine philippinische Basketball-Delegation empfing. Man fühlt sich hierbei an die Einladung der amerikanischen Tischtennismannschaft von Ende 1971 erinnert, die ja den Besuch des amerikanischen Präsidenten in China einleitete.

Lange wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den vier ASEAN-Staaten wohl nicht mehr auf sich warten lassen. Wahrscheinlich folgt Manila den Malaysiern als nächster Staat. Thailand dürfte an dritter, Singapore an vierter Stelle folgen. Erst ganz am Schluß käme Indonesien an die Reihe, das bis 1965 so glänzende Beziehungen zu Peking unterhalten hatte, seit den damaligen Septemberereignissen aber in China den Feind Nr.1 der Nation sieht.

1) NCNA, 31.5., 1.6.1974.

2) Näheres dazu Radio Kuala Lumpur, MD Asien, 4.6.74, S.3 f.

3) Ebenda, S.3.

4) Prawda, 5.6.74.

5) Vgl. hierzu auch C.a.1974/4 Ü32,33.

6) Näheres dazu The Economist, 1.6.74

7) NCNA, 30.5.74.